



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/KI/161 - 17. Juli 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Düsseldorf gibt ein Beispiel/ Arbeitsplätze für junge Inder	S. 1
Hatoyamas Wahlentrückung	S. 3
Nachwort zum Nehru-Besuch	S. 5
München im Blickfeld der CDU	S. 6

Nordrhein-Westfalen macht den Anfang

U.D.- Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Luchtenberg, hat dem indischen Ministerpräsidenten Nehru angeboten, mehreren hundert jungen Indern für zwei oder drei Jahre Arbeitsplätze an den Forschungsstätten und in den Industriebetrieben an Rhein und Ruhr zur Verfügung zu stellen. Dabei ist vor allem an junge Techniker und Handwerker gedacht, die auf diese Weise Gelegenheit erhalten werden, sich beruflich fortzubilden. Weiterhin, so regte Kultusminister Luchtenberg an, sollten die Hochschulen und Universitäten Nordrhein-Westfalens Studienplätze zur Verfügung stellen und einen Austausch von Forschern und Dozenten zwischen Deutschland und Indien in Erwägung ziehen.

Wir haben uns oft und mit Nachdruck für eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen unserem Land und den aufstrebenden Völkern Asiens eingesetzt, und wir möchten uns deshalb dem Dank Nehrus an Professor Luchtenberg anschließen. Hier wurde endlich ein Anfang gemacht mit einer Politik, die die Konsequenzen zieht aus der Tatsache, dass die Welt immer mehr zu einer Einheit wird. Die asiatischen Länder stehen vor der Aufgabe, die Industrialisierung in einer sehr viel kürzeren Zeit durchzuführen, als dieser Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und Amerika gedauert hat. Die Industrialisierung ist eine entscheidende Voraussetzung für jeden Versuch, etwa mit dem Problem der Ernährung in Asien fertig zu werden. Eine solche industrielle Politik kann von seite der westlichen Demokratien nicht nur dadurch gefördert werden, dass man den asiatischen Staaten Kapitalien zur Verfügung stellt

oder innen Produktionsanlagen liefert. Ebenso wichtig ist es für Indien und seine Nachbarländer, qualifizierte Facharbeiter und Techniker heranzubilden, die imstande sind, die neuen Produktionsanlagen aufzubauen und im Gang zu halten. Selbstverständlich erfordert all dies ebenfalls einen Austausch von Studenten und Hochschullehrern, denn schliesslich werden auf den Universitäten die Grundlagen gelegt auch für die wirtschaftliche Weiterentwicklung.

Das Angebot Luchtenbergs ist ein Anfang. Der Beginn kommt spät, aber doch nicht zu spät, wenn wir auch nicht verhehlen können, dass wir erhebliche Zweifel an der Bereitschaft der Bundesregierung hegen, sich nun ihrerseits für eine Politik der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit einzusetzen. Es ist einfach naiv, wie selbstverständlich manche politische Kreise bei uns erwarten, dass sich der indische Ministerpräsident für eine der Bundesregierung genehme Auffassung in der Wiedervereinigungsfrage aussprechen sollte. Was haben wir bisher in Deutschland getan, um Indien oder anderen asiatischen Ländern bei ihrem wirtschaftlichen Aufbau zu helfen?

Dem Drängen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist es zu danken, dass in diesem Jahre wenigstens 50 Millionen DM zur Förderung unterentwickelter Gebiete bereitgestellt wurden. Diese Summe ist geradezu lächerlich im Vergleich zu den benötigten Mitteln und auch zu der, was die Bundesrepublik zu leisten imstande wäre. Die Sowjetunion hat längst auf die Karte der wirtschaftlichen und psychologischen Auseinandersetzung gesetzt, und die westlichen Demokratien täten gut daran, ihren Kurs gleichfalls zu überprüfen.

Für die Bundesrepublik Deutschland kommt noch etwas anderes hinzu. Unser Land ist nach dem 2. Weltkrieg mit Hilfe des Marshallplans ausgebaut worden, und Millionen amerikanischer Bürger haben in den Hungerjahren vor 1948 uns Deutschen in grosszügiger Weise privat geholfen. Es wäre ein schlechtes Zeichen für die moralische Haltung unseres Volkes, wenn wir uns heute nicht bereitfinden, zusammen mit unseren Freunden im Westen unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um in Asien den Kampf gegen den Hunger zu gewinnen. Wir möchten hoffen, dass das Düsseldorfer Beispiel sehr bald den Geist der deutschen Politik bestimmen wird. Das unsere werden wir jedenfalls dazu tun.

Wie soll es jetzt zur Aufrüstung Japans kommen?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Als General MacArthur noch der "ungekrönte Kaiser von Japan" war und es dem gültigen politischen Stil der amerikanischen Besatzungsmethodik und ihrem Umerziehungsmotiv entsprach, entwarf das erste Nachkriegs-parlament eine Verfassung, die erste demokratische des Landes. Es wurde damals mit besonderer Betonung vermerkt, dass diese neue Verfassung eine militärische Rüstung ausdrücklich verbietet, und laut wurde verkündet, der eingeleitete Umerziehungsunterricht trage schönste Früchte, denn das militärraubigste Volk der Welt lehne jetzt eigene Streitkräfte ab.

Nachdem der Friedensvertrag von San Francisco unterzeichnet war, sollte angesichts der veränderten Weltumstände auch Japan einen Beitrag zur Sicherheit der pazifischen Welt leisten. Es kam zu einem amerikanischen-japanischen Freundschafts- und Bündnisvertrag, der in der Bereitstellung japanischer Sicherheitskräfte kulminierte. Allerdings war ihr Umfang begrenzt.

Der japanische Reichstag konnte seine letzte Sitzungsperiode nur noch unter dem Schutz von 500 Mann Polizei beenden. Das Reichstagsmobiliar, das die Abgeordneten bis dahin zertrümmert hatten, wenn sie sich rauften, kostete allein 600 000 DM. Ursache war die Durchpeitschmethode der Regierung Hatoyama, eines konservativen Politikers, der seine Liberal-Demokratische Partei unter der falschen liberalen Flagge höchst diktatorisch führt und auch gegen die sozialistische Opposition das Gesetz zur Bildung eines Verteidigungsrats durchsetzte. Nur stellt der Reichstag das Unterhaus der parlamentarischen Demokratie dar. Er kann nichts Gesetz werden lassen, was seiner Ratifizierung durch das Oberhaus mit einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Das gilt für jede Verfassungsänderung, also auch für die Remilitarisierung des Landes.

Das Oberhaus wird alle drei Jahre je zur Hälfte neu gewählt. Darum war es Hatoyama ganz recht, dass Anfang Juli wieder Oberhauswahlen anstanden, in denen 127 neue Mitglieder zu wählen waren, von denen Übrigens einhundert durch das ganze Volk als sogenannte nationale Kandidaten gekürt werden mussten. Hatoyamas Erwartungen wurden schwer getäuscht. Denn nicht nur seine erwartete Zweidrittelmehrheit blieb aus. Er verlor darüber hinaus die alte Mehrheit. Die Sieger dieser Oberhauswahl waren die Sozialisten, die über ein Drittel aller Sitze - 4 -

errangen und damit als notorische Gegner Hatoyamas es nun in der Hand haben, ihm die Änderung der Verfassung zu verweigern. Dieser Ausgang ist für die allgemeine Atmosphäre in Japan kennzeichnend genug.

Unüberwindlicher Riegel

Hatoyama ist dadurch in eine arge Klemme geraten, vor allem auch gegenüber seinen amerikanischen Freunden. Denn das Oberhaus steht nun als unüberwindlicher Riegel vor seinen Rüstungsplänen, und es wird sich daran für die nächsten drei Jahre nichts ändern. Was aber sagt Hatoyama zu Washington? Er hatte alle anderen brennenden Fragen in der Wahlkampagne ausgeklammert, darunter auch die ihm von der Wirtschaft her auferlegte Forderung, die Beziehungen zu Rotchina wenigstens auf dem Gebiete des Handels wieder aufzunehmen, weil diese Wirtschaft, in erster Linie die japanische Grosschemie, chinesische Kohle braucht, um wettbewerbsfähig zu werden, was der Bezug der durch die Frachten unerträglich teuren amerikanischen Kohle bisher verhinderte, ausserdem frisst dieser Import die Devisen oder verhindert Export nach den asiatischen Ländern, den klassischen natürlichen Kunden Japans. Darum erwartete der Kaiserpräsident, übrigens ein fast völlig gelähmter Mann, amerikanisch-Entgegenkommen in der Embargofrage gegenüber Rotchina, wenn er das Verfassungshindernis vor der Aufrüstung beiseiterücken könnte. Das ist ihm durch seine Wahlniederlage unmöglich gemacht, und Hatoyama kann jetzt nicht nur über alle anstehenden Probleme ernst nachdenken, sondern muss sich auch sagen, dass ihm eigentlich seine amerikanischen Freunde seine Schlappe mit ihrem Drängen nach militärischer Kraft bereitet haben.

Für bundesdeutsche Verhältnisse ist diese Entwicklung höchst interessant, weil sie eine gewisse Analogie erkennen lässt: Eine Regierungspolitik, die ihre Bündnisverpflichtungen vor die Lösung der nationalen Bedürfnisse stellt, muss scheitern, sobald sie sich an das Volk um Bestätigung ihrer Politik wendet. Fast um das gleiche Thema ging es jetzt in Japan wie 1957 in der Bundesrepublik: Die Regierung verlangte umfassende Rüstung im Sinne des bestehenden Bündnisvertrages mit den USA. Die Opposition sagte Nein und will sich mit den bestehenden Sicherheitskräften zufrieden geben. Die Japaner waren, als sie sich die erste Verfassung gaben, oft eher vorsichtiger als der Parlamentarische Tri. Dessen Grundgesetze haben sich als variabel erwiesen. Die japanische Verfassung ist endgültiger aufgebaut. Allerdings entstand sie noch zu einer Zeit, als die Besatzungsmacht noch nicht von der Zweischneidigkeit ihrer Kriegsbündnisse so überzeugt war wie sie es heute ist.

N e h r u

KM. Der Kanzler hatte Blumen im Arm, als der ferne Gast das Flugzeug verließ. Recht so. Die Herren Minister legten eine betonte Herzlichkeit an den Tag. Recht so. Der Chef des Presseamtes sprach von der Weisheit eines großen Politikers. Recht so. Der Oberbürgermeister von Bonn kündigte eine Mahatma Gandhi-Straße an. Recht so.

Das alles war in Ordnung, bestens in Ordnung. Wir stimmen auf der ganzen Linie zu. Und wenn wir sprechen, so geschieht es nur, um nachträglich einige Fragen zu stellen.

Ist diesen Leuten, die den großen Mann aus Asien gefeiert haben, eigentlich klar, was das für eine Welt ist, der er angehört? Um es noch eines Spur deutlicher zu sagen: wissen sie, daß sie in dem großen Indar Nehru einen großen Sozialisten vor sich hatten?

Denn es ist doch wohl bekannt, daß Nehru der Herr einer Revolution ist, - der großen, geräuschlosen indischen Revolution? Daß er in seiner Heimat eine Bodenreform neuen Stils, großen Stils durchführt? Daß er, der Leidenschaftslose, mit Leidenschaft an dem Versuch arbeitet, die soziale und soziologische Struktur seines Landes zu verändern? Daß es ihm bereits gelungen ist, zehntausende indischer Dörfer zu einer allerdings milden Form von Kolchose zusammenzufassen?

Alles, was Nehru tut und was er schreibt und was er sagt (auch alles was er öffentlich in Bonn sagte), geht von einigen schlichten Grundbegriffen aus, die wie ein *casus obstinatus* alles andere tragen. Das sind: Toleranz, Humanität, Friedfertigkeit, Verzicht auf Gewalt, Verzicht auf Krieg und Verzicht auf Rüstung.

Wie kann man mitten im Frieden von Neutralität "reden"! So etwa rief Nehru in milder Erregung aus. "Das setzt ja geradezu voraus, daß es mitten im Frieden feindliche Gesinnungen gibt! Das ist ja auf gewisse Art ein Zeichen von Kriegslüsterheit!" Das sagte Nehru im kleinen Saal des Presse- und Informationsamtes. Aber wir wissen, daß es in Bonn Leute gibt, die mitten im Frieden von "Todfeinden" sprachen.

Nehru sprach in Bonn mehrfach über die Abrüstung, und in keinem der Fälle ließ es Zweifel darüber, daß der Welt mit Abrüstung besser gedient sei als mit dem Gegenteil. Aber maßgebende Leute, die mit

- 6 -

Nehru am Tisch saßen und die sich später sehr entzückt über seinen persönlichen Charme äußerten, haben erst vor wenigen Tagen ihre Namen mit einem Gesetz verbunden, das nicht der Abrüstung dient, sondern dem Gegenteil.

Und das Haus, in dem von der Weisheit dieses Mannes gesprochen wurde, produziert die Propaganda für das genannte Gesetz.

Daß die Stadt Bonn demnächst - dem Sozialisten Nehru zuliebe - eine Straße mit dem Namen Gandhis haben soll, das nur gehört in den Aktendeckel, in dem die Treppenwitze der Geschichte gesammelt werden. Denn es gibt in Bonn eine Anzahl Giftzwerge, die sich weigerten, für eine Bonner Straße den Namen Kurt Schumacher-Straße zuzulassen.

Wir freuen uns, daß Nehru da war. Wir würden uns doppelt freuen, wenn einige der Leute, die mit ihm Gespräche führten, diesem Nehru einiges absehen würden.

* * *

Träumereien an Bonner CDU-Kamin

sp. Die CDU ist verwirrt und angeschlagen. Nichts konnte diese Tatsache eindeutiger beweisen, als die Kommentare, die Bundeskanzler Adenauer und sein inoffizieller Propagandaminister Abg. Dr. Lenz zum Münchener SPD-Parteitag abgegeben haben. Dem Regierungschef fiel nichts anderes ein, als zur "erhöhten Wachsamkeit" aufzurufen, weil eine Regierungsübernahme durch die SPD "unabsehbare Folgen für Deutschland und Europa heraufbeschwören" würde. Daher müsse die CDU an der Regierung bleiben, weil die Weltlage die unkehrbare Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik erfordere. 24 Stunden später erklärte der CDU-Abg. Dr. Lenz, er könne "eine starke Annäherung der Opposition an die Außenpolitik der Regierung und der Koalition feststellen".

Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben. Offenbar ist bei der Regierungs- und CDU-Spitze der letzte Rest an Klarheit in der Beurteilung der Lage verloren gegangen, während der Kanzler in seiner Deutung des Münchener SPD-Parteitages die Opposition der Katastrophenpolitik zieht und damit bei seiner Methode der Verdächtigungen bleibt, äußert sein Propagandaminister seine Befriedigung darüber, daß sich diese gleiche Opposition durch ihre Münchner Entscheidungen stark an die Re-

- 7 -

gierungspolitik angenähert habe. Und um diese staatsmännische Weisheit vollends zur Farce zu machen, meinte Herr Dr. Lenz, daß die Frage eines gemeinsamen Regierungsprogrammes von CDU und SPD "wohl nicht aktuell" sei.

Hier enthüllt sich das ganze Dilemma der Kanzlerpartei. Man sieht die Felle davonschwimmen und erkennt, daß die eigenen Bonner Machtpositionen ernsthaft bedroht sind. In dieser prekären Lage beginnt man "taktisch" zu werden und verliert sich in Spekulationen darüber, warum und weshalb die SPD in München "weder den BHE noch die FDP direkt angesprochen" haben könnte. Daraus schließen die CDU-Taktiker messerscharf, daß sich die SPD entschlossen habe, für 1957 die Tür zu Koalitionsgesprächen mit der CDU offenzuhalten. Adenauers Propagandaminister springt sofort mit beiden Beinen in diese selbstfabrizierte "Lücke" und begrüßt, daß sich die SPD in München so maßvoll verhalten habe. Vielleicht, so fragt Herr Dr. Lenz, möchte sich die SPD damit "regierungsfähig" zeigen? Man hört richtig das Aufatmen: in München sei von der "Dreierkonstellation der Opposition" doch gar nicht gesprochen worden. . .

Man hat offenbar in der CDU noch nicht die Zeit gefunden, die Münchner Rede des SPD-Vorsitzenden im Wortlaut nachzulesen. Erich Ollenhauer hat zu den Träumereien am Bonner CDU-Kamin zwei nächsterne Sätze gesagt: "Wir beteiligen uns nicht an den Spekulationen über die Regierungsmöglichkeiten im Bund nach den nächsten Bundestagswahlen" und: "Wir sehen in einem solchen Zusammenwirken der Kräfte, die eine neue Orientierung der Politik der Bundesrepublik für notwendig halten, die natürlich Konsequenz einer Situation, die aus außen- und innenpolitischen Gründen eine Wende in der deutschen Politik zur zwingenden Notwendigkeit machen".

Man sollte bei der CDU die Protokolle des Münchner SPD-Parteitagess nachlesen. Diese Lektüre mag für die CDU vielleicht unangenehm sein. Sie ist aber auf jeden Fall heilsam.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler